

Guido Grünewald  
Stimme der Völkerverständigung  
und der Humanität:  
Die Deutsche Friedensgesellschaft 1892-1933\*

Die DFG im Kaiserreich

Die Deutsche Friedensgesellschaft (DFG) wurde nach langwierigen Bemühungen der beiden Österreicher Bertha von Suttner und Alfred Herrmann Fried am 9. November 1892 in Berlin gegründet.<sup>1</sup> Die Schwierigkeiten der Gründungsphase wie auch der Umstand, daß in Deutschland die Organisierung des Pazifismus erst zu einer Zeit gelang<sup>2</sup> als in den westeuropäischen Nachbarstaaten und in den USA Friedensgesellschaften schon längst etabliert waren,<sup>3</sup> hatten ihre Gründe in den Besonderheiten der deutschen Geschichte. Der im Zeitalter der Aufklärung im deutschen Bürgertum fest verwurzelte Friedensgedanke war zu Beginn des 19. Jahrhunderts durch den »nationalen Gedanken« verdrängt worden.<sup>4</sup> Das Scheitern der Revolution von 1848, die gewaltsame nationalstaatliche Einigung von oben durch Bismarck und die »nationalliberale« Ausrichtung eines Großteils des demokratischen Bürgertums führten dazu, daß die politische Kultur des deutschen Kaiserreiches nicht durch Konzepte internationaler Verständigung und friedlichen Ausgleichs gekennzeichnet war. Ihr Leitbild war die eigene militärische Stärke und die darauf begründete Macht. Die überragende gesellschaftliche und politische Stellung des Militärs und das Aufkommen imperialistischer Propagandaverbände gegen Ende des 19. Jahrhunderts<sup>5</sup> ließen

\* Der vorliegende Aufsatz stützt sich vornehmlich auf folgende Arbeiten: Friedrich-Karl Scheer, *Die Deutsche Friedensgesellschaft (1892-1933). Organisation-Ideologie-Politische Ziele*, Diss. phil. Bochum 1974 (masch.); Roger Chickering, *Imperial Germany and a World without War. The Peace Movement and German Society, 1892-1914*, Princeton, New Jersey 1975; Dorothee Stiewe, *Die bürgerliche deutsche Friedensbewegung als soziale Bewegung bis zum Ende des Ersten Weltkriegs*, Diss. phil. Freiburg/Br. 1972; Karl Holl, *Die Deutsche Friedensbewegung im Wilhelminischen Reich. Wirkung und Wirkungslosigkeit*, in: Wolfgang Huber/Johannes Schwerdtfeger (Hrsg.), *Kirche zwischen Krieg und Frieden*, Stuttgart 1976, S. 321-372. Auf die Angabe einzelner Belegstellen aus diesen vier Arbeiten wurde, um den Anmerkungsapparat nicht zu sehr auszuweiten, weitgehend verzichtet.

pazifistische Bestrebungen als unzeitgemäß erscheinen. Dennoch wurden sie als potentielle Gefahr begriffen: Bereits 1892 erschien eine heftige Polemik des bekannten Militärschriftstellers Albrecht von Bogulawski gegen die Friedensbewegung, der Max Jähns ein Jahr später einen ähnlichen Vorstoß folgen ließ.<sup>6</sup>

Die DFG war in ihrer Frühphase eine Kulturbewegung im weitesten Sinne des Wortes, die sich – auf der Grundlage eines ethischen Pazifismus Suttnerscher<sup>7</sup> Prägung in der Tradition der Aufklärung – mit dem Fortschritt im Einklang wußte und die gesellschaftliche und kulturelle Erneuerung der Menschheit anstrebte. Sie verstand sich als humanitäre Vereinigung, die die Erörterung politischer Tagesfragen innerhalb der Organisation ausdrücklich ausklammerte.<sup>8</sup> Diese Zurückhaltung entsprang nicht nur der Furcht vor Schwierigkeiten mit den Behörden<sup>9</sup> oder vor einer Brandmarkung bei abweichenden politischen Stellungnahmen, sie lag auch durchaus in der Tradition der bürgerlichen Friedensbewegung.<sup>10</sup> Man erkannte nicht (oder wollte nicht eingestehen), daß die Überwindung des Krieges ein Politikum ersten Ranges war; infolgedessen strebten die Pazifisten danach, die vernunft- und fortschrittwidrige Institution des Krieges durch Aufklärung in der Öffentlichkeit und Appelle an die Mächtigen abzuschaffen. »Von allen Mitteln«, so heißt es im Gründungsauf- ruf von 1892, »ist das wichtigste die öffentliche Meinung: Wenn die Zahl der Mitglieder der Friedensgesellschaften erst so groß geworden ist, daß der Ausdruck ihres Willens der Ausdruck des Volkswillens ist, dann wird keine Macht imstande sein, einen Krieg zu entfesseln.«<sup>11</sup>

Im Zentrum der Bestrebungen der DFG standen die Forderungen nach Schiedsgerichtsbarkeit und Abrüstung sowie nach einer Staatenkonföderation, wobei letztere in der zweiten Hälfte der 90er Jahre allmählich in den Hintergrund trat. Im Gründungsauf- ruf von 1892 hatte die DFG noch enthusiastisch die obligatorische Schiedsgerichtsbarkeit gefordert.<sup>12</sup> Ernüchert u. a. durch den enttäuschenden Verlauf der zunächst begeistert gefeierten Haager Konferenz wurde diese Forderung später abgeschwächt. Man setzte sich jetzt zum Ziel, das in Den Haag begründete Rechtssystem durch die allmähliche Umwandlung der fakultativen in die obligatorische Schiedsgerichtsbarkeit weiterzubilden und zur Errichtung eines ständigen internationalen Gerichtshofes beizutragen.<sup>13</sup> Die Abrüstungsbemühungen der DFG<sup>14</sup> gipfelten in dem

»Entwurf zu einem internationalen Vertrag über Rüstungsstill- stand«<sup>15</sup>, den Ludwig Quidde<sup>16</sup> 1913 dem 20. Weltfriedenskongreß und der 18. Interparlamentarischen Konferenz vorlegte. Der Entwurf war Friedrich-Karl Scheer zufolge »der geschlossenste und am weitgehendsten ausgearbeitete Abrüstungsvorschlag, der innerhalb und außerhalb der pazifistischen Welt bis 1914 existierte.«<sup>17</sup>

Die Desillusionierung durch die Haager Konferenz gab der DFG Anlaß zu einer Überprüfung von Programm und Zielsetzung. Insbesondere Alfred Herrmann Fried bemühte sich, dem Pazifismus eine wissenschaftliche Begründung zu geben und den »naturwüchsigen« Prozeß der zunehmenden Verflechtung der Staaten nachzuweisen, dem als logische Folge die Errichtung einer internationalen Rechtsorganisation folgen müsse. Frieds »organisatorischer Pazifismus« wurde bis zum Ende des Kaiserreichs die bestimmende Ideologie der DFG, während Fried persönlich bald an den Rand der Organisation trat.<sup>18</sup>

Nach der Jahrhundertwende hatte eine, wenn auch zögernde Politisierung der DFG stattgefunden. Die Zeitereignisse zwangen die Pazifisten jetzt immer häufiger zu politischen Stellungnahmen, z. B. 1908 gegen die Unterdrückung der polnischen Minderheit im Reich. Sie wurden sozusagen »Politiker wider Willen«.<sup>19</sup> Der Kampf der DFG richtete sich insbesondere gegen die national-imperialistischen Propagandaverbände, deren Angriffen sie jetzt selbstbewußter entgegentrat. Ihrem chauvinistischen Kolonialimperialismus bzw. ihren kontinentalen Hegemonieträumen stellte sie einen auf Recht und Kultur begründeten Staatsgedanken gegenüber.<sup>20</sup>

Von der Politisierung der Gesellschaft wurden allerdings zwei wesentliche Merkmale nicht berührt, die das Bild der DFG bis zum Weltkrieg bestimmten: nationale Gesinnung und sozialkonservative Einstellung. Auf internationalen Friedenskongressen vertrat die DFG entschieden deutsche Interessen. So sprachen sich die deutschen Vertreter scharf gegen die Forderung der französischen Pazifisten nach einer Volksabstimmung in Elsaß-Lothringen aus und waren allenfalls bereit, einem Kompromiß zuzustimmen, der die Gewährung von Autonomie für das Reichsland beinhaltete.<sup>21</sup> Die DFG lehnte die einseitige Abrüstung ab und sprach sich entschieden gegen die Kriegsdienstverweigerung aus;<sup>22</sup> die Bejahung des nationalen Verteidigungskrie-

ges war für die Organisation im Kaiserreich unumstritten. Die Friedenskonzeption von DFG war so »eher statisch als dynamisch, sie war im Hinblick auf die bestehenden Nationalstaaten Europas durchaus am Status quo orientiert.«<sup>23</sup>

Auch in gesellschaftspolitischer Hinsicht blieb die DFG dem Bestehenden verhaftet. Die Pazifisten dachten keineswegs daran, das politische und gesellschaftliche System in Frage zu stellen.<sup>24</sup> Ihr Friedensbegriff war bis zum Ersten Weltkrieg rein außenpolitisch bestimmt; die sozialen Voraussetzungen des Friedens blieben ausgespart. Der Freihandels-Tradition entsprechend sahen die Pazifisten ihren Gegner im Agrarkapitalismus und im Restbestand feudaler Bastionen in der Gesellschaft, während die Bedeutung des Finanzkapitals für den Imperialismus außerhalb ihres Blickfeldes blieb.<sup>25</sup> Die mit dem zeitgenössischen Imperialismus untrennbar verbundene Kolonialpolitik wurde von der DFG denn auch keineswegs abgelehnt, sondern im Sinne eines zivilisatorischen Auftrags durchaus bejaht.<sup>26</sup> Die mangelnde Gesellschaftsanalyse verstellte den Pazifisten den Blick dafür, daß ihre Ziele trotz ihrer sozialkonservativen Haltung unter den gesellschaftlichen und politischen Bedingungen des Kaiserreiches weitgehend chancenlos waren. Trotz ihres Eintretens für »nationale« Interessen galten sie als Schwächlinge und naive Schwärmer oder wurden wie Otto Umfrid einfach als »Friedenshetzer« bezeichnet.<sup>27</sup> Daß pazifistische Betätigung ein Hemmnis beim beruflichen und gesellschaftlichen Aufstieg darstellte, braucht nicht eigens betont zu werden. In den gesellschaftlichen Institutionen stieß der Pazifismus auf Gleichgültigkeit und Feindschaft: die Kirchen und Universitäten blieben ihm mit gewissen Ausnahmen im Bereich des Völkerrechts weitgehend verschlossen<sup>28</sup>, und auch die Presse verhielt sich mit wenigen Ausnahmen ablehnend.<sup>29</sup>

Eine entsprechend geringe Resonanz fand die DFG bei den politischen Entscheidungsträgern, auch wenn in illusionärer Verkennung der Lage beim Kaiser und Regierungsapparat Sympathien für ihre Ideen vermutet wurden.<sup>30</sup> Bei den Parteien war es nicht anders. Diejenigen von ihnen, die den bestehenden gesellschaftlichen Strukturen verpflichtet waren – Freikonservative, Deutschkonservative und Nationalliberale – schieden als Ansprechpartner von vornherein aus; auch zum Zentrum bestand keinerlei Kontakt. Der Linksliberalismus, der an der Gründung der DFG beteiligt gewesen war, hielt sich im Laufe der Zeit

merklich zurück; intensivere Verbindungen ergaben sich nur zur (Süd-)Deutschen Volkspartei<sup>31</sup> sowie ab 1908 zur Demokratischen Vereinigung, einer Absplitterung von der Freisinnigen Vereinigung. Entscheidend für die Randposition des Pazifismus im Kaiserreich war schließlich, daß die Friedensbewegung keinen Kontakt zur Sozialdemokratie fand. Von den Pazifisten wurde dies zwar häufig beklagt, ohne daß sie jedoch die Gründe für die ablehnende Haltung der SPD zu analysieren vermocht hätten; die SPD sah andererseits in der bürgerlichen Friedensbewegung trotz Übernahme einzelner pazifistischer Forderungen<sup>32</sup> einen letztlich systemstabilisierenden Faktor, der zudem für die Friedenssicherung irrelevant war. Vereinzelte Kooperationsmöglichkeiten ergaben sich für die Pazifisten lediglich mit Führern des reformistischen Flügels (Bernstein, David, Südekum).<sup>33</sup> Eine Annäherung zeichnete sich erst mit den Abrüstungsinitiativen der SPD im Reichstag (1908 und 1911) ab, nachdem sich bei der Mehrheit der 2. Internationale ein Wandel in der Frage der Friedenssicherung vollzogen hatte und der Krieg »nicht länger als notwendiges Produkt der kapitalistischen Gesellschaft« betrachtet wurde.<sup>34</sup>

Unter derartig feindlichen Bedingungen konnte die DFG bis 1914 nur ca. 10 000 Mitglieder gewinnen, die in etwa 100 Ortsgruppen organisiert waren<sup>35</sup>, verglichen mit den ca. 85 000 Einzelmitgliedern des Deutschen Flottenvereins (1898)<sup>36</sup> und den 100 000 französischen Pazifisten (1910)<sup>37</sup> eine geringe Zahl. Die soziale Basis der Gesellschaft war weitgehend auf das Kleinbürgertum beschränkt: Unter den Mitgliedern überwogen Volks- und Mittelschullehrer, kleine Angestellte und Beamte, Vertreter der freien Berufe wie Rechtsanwälte, Ärzte und Journalisten sowie kleine Kaufleute, während die Arbeiterschaft und Landbevölkerung nahezu völlig unrepräsentiert waren. Das weitgehende Fehlen bedeutender Vertreter von Industrie und Finanzwelt erklärt die chronische Finanzschwäche der DFG, die erst 1911 einen Sekretär anstellen konnte. Hervorzuheben ist der verhältnismäßig hohe Anteil an Frauen in der Mitgliedschaft und die enge Wechselbeziehung zu anderen oppositionellen Gruppierungen des progressiven Bürgertums (u. a. zur ethischen Bewegung, der Bodenreformbewegung, dem radikalen Flügel der Frauenbewegung), die sich vielfach in einer Überschneidung der Mitgliedschaften ausdrückte. Parteipolitisch standen etwa 85 % der Mitglieder ihrer Gesinnung nach im Lager des Linksliberalismus und der

bürgerlichen Demokratie. Die DFG war demnach im Kaiserreich eine ausgesprochen bürgerliche Bewegung, die weitgehend Honoratiorencharakter hatte. Die politische Wirkung der DFG war bis zum ersten Weltkrieg äußerst gering. Einigen wenigen pazifistischen Erfolgen<sup>38</sup> stand die weitgehende Isolation der Friedensbewegung gegenüber, auch wenn die Pazifisten in »rührender Naivität« (Holl) anlässlich des zwanzigjährigen Bestehens ihrer Organisation eine eindrucksvolle Bilanz ziehen zu können glaubten.<sup>39</sup>

### Die DFG im Weltkrieg

Der Ausbruch des Krieges traf die DFG völlig unvorbereitet und versetzte die Pazifisten in tiefe Bestürzung.<sup>40</sup> Ein beträchtlicher Anteil der Mitgliedschaft paßte sich der neuen Lage an und verließ die Organisation; die Mitgliederzahl war bis Kriegsende auf etwa 5 000 gesunken.<sup>41</sup> Mit dem Herbst 1915 setzten verschärfte Repressionen seitens des Staates ein. Am 17. November dieses Jahres wurde der »Völkerfriede« ohne Vorwarnung verboten.<sup>42</sup> Am 10. 4. 1916 folgten die Schließung der DFG-Buchhandlung in Stuttgart sowie das gegen Umfrid, den Sekretär Röttcher und andere Mitglieder der Geschäftsleitung ausgesprochene Verbot, pazifistische Schriften zu verbreiten und mit dem Ausland im Sinne pazifistischer Bestrebungen schriftlich zu verkehren. Da ähnliche Verbote gegen die Ortsgruppen und führende Persönlichkeiten ausgesprochen wurden, war die Gesellschaft praktisch lahmgelegt.<sup>43</sup> Dieser Situation suchten die Pazifisten durch die Gründung einer Ersatzorganisation zu entgehen.<sup>44</sup> Am 30. Juli 1916 wurde die »Zentralstelle Völkerrecht« (ZV) gegründet, deren Aktivitätsbereich jedoch schon bald ebenfalls außerordentlich eingeschränkt wurde. Wenn auch beide Organisationen von Anfang 1917 bis zum Beginn des uneingeschränkten U-Boot-Krieges vorübergehend größere Bewegungsfreiheit gewannen, so waren ihre Aktionsmöglichkeiten während des Krieges im ganzen gesehen doch äußerst gering.

Die DFG erholte sich bald von der anfänglichen Lähmung zu Kriegsbeginn, sah man durch den Ausbruch des Krieges doch die eigenen Anschauungen bestätigt, daß Aufrüstung und Blockbil-

dung zur Friedenssicherung ungeeignet waren. Seine Hauptaufgabe sah der deutsche Pazifismus, der den Krieg als eine dem Reich aufgezwungene nationale Notwehr betrachtete, jetzt darin, unter den erschwerten Bedingungen des Belagerungszustandes für ein positives Friedensprogramm ohne Annexionen einzutreten und den Krieg durch Vermittlung im Ausland abzukürzen:

»Über die Pflichten, die uns Friedensfreunden jetzt während des Krieges erwachsen, kann kein Zweifel bestehen . . . (Jetzt) hat jeder deutsche Friedensfreund seine Pflichten gegenüber dem Vaterland genau wie jeder andere Deutsche zu erfüllen . . . Besondere Pflichten aber erwachsen uns Friedensfreunden, auch während des Krieges, überall da, wo blinde nationale Leidenschaft an die Stelle patriotischer Hingabe und Begeisterung tritt . . . Sobald aber die Möglichkeit eines Friedensschlusses winkt, wollen wir gemeinsam mit unseren Gesinnungsgenossen in anderen Ländern dafür eintreten, daß ein Friede gewonnen werde, der nicht den Keim neuer Kriege in sich trägt, sondern den Weg öffnet für eine dauernde Friedens- und Rechtsgemeinschaft der europäischen Kulturnationen.«<sup>45</sup>

Mit zahlreichen Eingaben und Stellungnahmen (Quiddes Flugschrift »Reale Garantien für einen dauernden Frieden« erschien 1915 anonym in einer Auflage von 100 000 Exemplaren)<sup>46</sup> wandte sich die Friedensbewegung gegen die imperialistische Annexionspropaganda. Dabei wurden die deutschen Kriegsziele durchaus unterschiedlich bewertet: »Das Ergebnis eines glücklichen Kampfes im Osten mag trotz aller Kriegsgreuel dazu führen können, bisher unterdrückte Kulturwerte frei zu machen – im Westen werden auf jeden Fall, wie der Kampf auch ausgehen möge, glänzende Kulturwerte jammervoll zerstört.«<sup>47</sup> Im Westen sollte ein Frieden auf der Grundlage des territorialen Status quo ante geschlossen werden, wobei Elsaß-Lothringen beim Reich verbleiben sollte<sup>48</sup>, während im Osten ein deutscher Sieg den unterdrückten Völkern der baltischen Provinzen, Litauens, Polens und Finnlands durch Abtrennung vom Russischen Reich das Selbstbestimmungsrecht bringen sollte. Erst nach der Februarrevolution sprachen sich die Pazifisten für die territoriale Integrität Rußlands unter der Bedingung aus, daß die Rechte der nationalen Minderheiten geachtet würden<sup>49</sup>; den Diktatfrieden von Brest-Litowsk lehnten sie entschieden ab.<sup>50</sup>

Der Abkürzung des Krieges und der Vorbereitung eines Rechtsfriedens diente auch die Vermittlungstätigkeit führender Pazifi-

sten durch Kontakte mit ihren Gesinnungsfreunden in den feindlichen Ländern und den neutralen Staaten, soweit die Behörden derartige Vermittlungsversuche zuließen.<sup>51</sup> Die Stellungnahmen der deutschen Pazifisten waren in der Regel mit Regierungsstellen abgestimmt; die Rücksicht auf mögliche innerdeutsche Rückwirkungen konnte so weit gehen, daß die deutschen Vertreter beispielsweise anläßlich einer bedeutsamen Tagung des Internationalen Friedensbüros in Bern im Januar 1915 einem italienischen Antrag ihre Zustimmung versagten, der die Verletzung der belgischen Neutralität durch den deutschen Einmarsch verurteilte. Immerhin publizierte die DFG das Haager »Mindestprogramm für einen dauernden Frieden«, das im April 1915 auf der konstituierenden Konferenz der »Zentralorganisation für einen dauernden Frieden« verabschiedet worden war und die Vorstellungen der Pazifisten für einen künftigen Friedensschluß im Kern enthielt: 1 Verzicht auf Annexionen, 2 Handelsfreiheit in allen Kolonien, Protektoraten und Interessenssphären, 3 Ausbau des Haager Werks (periodische Sitzungen der Friedenskonferenz, obligatorische Schiedsgerichtsbarkeit, ständiger Internationaler Gerichtshof, ständiger Internationaler Vermittlungsrat, Verpflichtung zur Sanktion bei Nichtanrufen des Gerichtshofes), 4 Verminderung der Rüstungen, Freiheit der Meere, 5 Verbot der Geheimdiplomatie.<sup>52</sup>

Entscheidend für die weitere Entwicklung des Pazifismus war, daß jetzt die Interdependenz zwischen äußerer Politik und innerstaatlichen Verhältnissen erkannt wurde. Einen ersten Markierungspunkt setzte die Gründung des »Bundes Neues Vaterland« (BNV) am 16. 11. 1914, der das pazifistische Programm eines Verständigungsfriedens mit grundlegenden innenpolitischen Demokratisierungsforderungen verknüpfte.<sup>53</sup> Eine katalysierende Wirkung übten auch pazifistische Emigranten in der Schweiz aus, die glaubten, den preußischen Militarismus durch Errichtung der Republik beseitigen zu können. Auch in der DFG setzte sich allmählich die Erkenntnis durch, daß die Verwirklichung der pazifistischen Friedenskonzeption ohne eine grundlegende Demokratisierung im Innern nicht zu verwirklichen war. Dennoch legte sich die Gesellschaft nicht auf die Republik als Staatsform fest.<sup>54</sup> Auf Grund dieser Neuorientierung und einer zunehmenden Übereinstimmung in den friedenspolitischen Vorstellungen gewann die Friedensbewegung während des Krieges einen engeren

Kontakt zur Sozialdemokratie, besonders zu der sozialdemokratischen Minderheitsgruppe (ab 1917 USPD)<sup>55</sup>; diese Entwicklung trug entscheidend dazu bei, die soziale Basis des Pazifismus nach dem Krieg zu vergrößern.

### Die DFG in der Weimarer Republik

Nach Beendigung des Krieges schien die Stunde des Pazifismus geschlagen zu haben. Quidde und Schücking wurden für die Deutsche Demokratische Partei (DDP) in die Nationalversammlung gewählt, Foerster von der Revolutionsregierung Eisner als bayrischer Gesandter in die Schweiz berufen, Gerlach trat als Staatssekretär ins preußische Innenministerium ein und der Stuttgarter Professor Herrmann wurde gar zum Württembergischen Kriegsminister ernannt. Der Pazifismus konnte sich neue Schichten erschließen: ehemalige Generale wie Freiherr von Schoenaich<sup>56</sup> und Berthold von Deimling<sup>57</sup>, Literaten wie Kurt Hiller<sup>58</sup>, und Carl von Ossietzky<sup>59</sup>, Sozialdemokraten wie Anna Siemsen<sup>60</sup>, Paul Löbe und Heinrich Ströbel schlossen sich der Friedensbewegung an. Das Einströmen der sozialdemokratischen Wählerschaft in die DFG war dafür ausschlaggebend, daß die Mitgliederzahl von 6000 (73 Ortsgruppen) im Jahre 1919 bis 1923 auf 17 000 (130 Ortsgruppen) stieg und 1926 mit 30 000 Mitgliedern und 3000 Ortsgruppen den Gipfel erreichte. Das größte Verdienst an diesem Auftrieb kam der »Frontgeneration« des Westdeutschen Landesverbandes der DFG unter Fritz Küster zu, die eine unermüdete Propagandatätigkeit entfaltete und durch ihre Orientierung auf Massenagitation und ihre radikalen politischen Forderungen bald in Gegensatz zu der gemäßigten Berliner Geschäftsleitung unter Quidde geriet. Ihr Sprachrohr war die Wochenzeitung »Das Andere Deutschland« (AD; bis April 1925 »Der Pazifist«), das 1928 mit einer zeitweiligen Auflage von 42 000 Exemplaren die größte pazifistische Zeitung Deutschlands war. Die DFG, im Kaiserreich eine genuin bürgerliche Organisation, vermochte nach dem Krieg auch sozialistische Kräfte in nennenswertem Umfang anzuziehen, ohne daß die Arbeiterschaft freilich zum primären sozialen Träger geworden wäre.<sup>61</sup> Die parteipolitische Präferenz der Mitgliedschaft änderte sich allerdings entscheidend: Nach einer Statistik vom Jahre 1927 waren 44 % der Mitglieder

Sozialdemokraten, 26 % Demokraten, 5 % Zentrumsangehörige und 25 % unorganisiert.<sup>62</sup>

Schien die Friedensbewegung nach Kriegsende zu einer realen politischen Kraft gereift, so wurde schon wenig später deutlich, daß die strukturellen Hindernisse für eine Ausweitung des Pazifismus fortbestanden. Bereits 1919/20 rollte eine neue Welle der Pazifistenverfolgung über das Land: Sprengung von Versammlungen, Mißhandlungen von Pazifisten und Attentatsversuche waren an der Tagesordnung; einzelne Pazifisten wurden sogar ermordet.<sup>63</sup> Eine Hauptursache für das Entstehen der »nationalen Opposition«, die zwecks »Verhinderung eines zweiten Dolchstoßes« die Vernichtung des Pazifismus auf ihr Banner geschrieben hatte, sah die Friedensbewegung im Versailler Vertrag, den die Pazifisten als »Gewaltfrieden« einhellig ablehnten. Der Vertrag bedeute »die Aufputschung aller nationalistischen Instinkte und die Wachhaltung des Völkerhasses«, schrieb die DFG in einem offenen Brief an Präsident Wilson, er bedeute »für Deutschland die schwerste Erschütterung der jungen Demokratie« und besorge »die Geschäfte der Reaktion.«<sup>64</sup> Während die DFG der politischen Reaktion die Berechtigung zur Anklage der Entente absprach,<sup>65</sup> trat sie gleichzeitig für die Revision des Vertrages ein, die sie durch Deutschlands Eintritt in den Völkerbund erreichen wollte.

In engem Zusammenhang mit der Revisionsfrage stand das Problem der »Kriegsschuld«, das innerhalb der Friedensbewegung zu heftigen Diskussionen führte. Während eine Gruppe um Fried, Foerster und Gerlach sowie die Westdeutschen dem preußischen Militarismus die entscheidende Schuld am Ausbruch des Krieges gaben, vertraten andere Pazifisten wie Quidde und Schücking die These einer relativen Mitschuld Deutschlands oder machten wie Hiller und Stöcker das System der Vorkriegszeit für den Krieg verantwortlich.<sup>66</sup> Die Kriegsschuldfrage blieb in der DFG ungelöst<sup>67</sup>; obgleich sie bald in den Hintergrund rückte, war sie doch ein erstes Zeichen für den Differenzierungsprozeß, der den Pazifismus erfaßt und zur Herausbildung verschiedener Flügel führte.

Konnte der organisatorische Pazifismus im Kaiserreich als *die* Ideologie der DFG bezeichnet werden, so entstand in den Nachkriegsjahren eine neue Richtung, der »radikale« oder »Jungpazifismus«. Die organisatorischen Pazifisten um Quidde, Gerlach

und Wehberg sahen ganz in der Tradition Friedes auch weiterhin in der internationalen Rechtsorganisation das Mittel der Friedenssicherung. Ein wirksames Instrument kollektiver Friedenssicherung konnte ihrer Meinung nach der Völkerbund sein, der freilich in seiner konkreten Gestalt scharf kritisiert wurde.<sup>68</sup> Wenn die DFG auch in der Diskussion über den Völkerbund erstmals die vollständige Abrüstung forderte, so traten die organisatorischen Pazifisten doch weiter für die Vaterlandsverteidigung ein. Auch dem Völkerbund wurde ein Exekutionsrecht zugestanden für den Fall, daß ein Mitgliedsstaat unter Bruch der Satzung eine Aggression unternahm.

Lautete der Grundsatz der organisatorischen Pazifisten »Friede durch Recht«, so hieß die Maxime des radikalen Pazifismus »Friede durch Tat«. Krieg und Kriegsvorbereitung sollten nach Meinung der radikalen Pazifisten durch direkte Aktionen radikal bekämpft werden. Entstanden unter dem Eindruck der englischen Kriegsdienstverweigererbewegung im 1. Weltkrieg<sup>69</sup> und aus Zweifeln an der Effektivität des organisatorischen Pazifismus sowie aus der Erkenntnis, daß erst die Wehrpflicht dem Krieg seinen totalen Charakter gegeben hatte, sah der radikale Pazifismus im Prinzip der Gewaltlosigkeit und den daraus abgeleiteten Techniken der Kriegsdienstverweigerung, der Arbeitsverweigerung in Rüstungsbetrieben und des Generalstreiks das adäquate Mittel der Friedenssicherung. »Es gibt kein so einfaches, kein so wirksames Mittel zur Verhinderung von Kriegen, wie die Weigerung der zum Opfer Bestimmten, sie zu führen«, so formulierte Kurt Hiller 1920 den Grundgedanken des Jungpazifismus.<sup>70</sup> Die geistige Grundlage des radikalen Pazifismus bildeten die Sätze von der Heiligkeit des menschlichen Lebens und vom Unrecht des Einzelnen auf Leben. Mittel und Ziel bildeten hier eine untrennbare Einheit; die radikalen Pazifisten bestritten das Recht des Staates, über das Leben seiner Bürger zu verfügen, da seine erste Aufgabe der Schutz des Lebens sei. Ein Notwehrrecht wurde allerdings auch von ihnen anerkannt; Vorbild hierfür war ihnen Gandhis Technik der Gewaltlosigkeit.

Auch die radikalen Pazifisten, die vor allem im Westdeutschen Landesverband konzentriert waren und in der DFG allmählich die Mehrheit erlangten, traten für das Völkerbundprogramm ein, hielten es jedoch ohne Massenagitation im Innern der Staaten für unzureichend. Mit der Zeit traten die Arbeitsverweigerung und

der Generalstreik stärker in den Vordergrund ihrer Agitation. Der radikale Pazifismus besaß eine starke Affinität zum Sozialismus. Sein Ziel war die soziale Absicherung des Friedens, die er durch die Umgestaltung der Gesellschaft mit friedlichen Mitteln zu erreichen suchte.<sup>71</sup>

Schon bald nach Kriegsende bemühten sich die Pazifisten um eine Verständigung mit Frankreich, in der sie nach dem Versagen des Völkerbundes den Schlüssel für die Wiedergesundung Europas sahen. Erst 1922 kamen jedoch der Besuch einer deutschen Delegation in Paris und ein Gegenbesuch französischer Pazifisten zustande. Übereinstimmung erzielten die deutschen und französischen Pazifisten in der Anerkennung der moralischen Pflicht Deutschlands zur Wiedergutmachung an Belgien und Frankreich; gemeinsam forderte man auch den Rückzug der Truppen aus den besetzten Gebieten und den Fortfall der Sanktionen gegen Deutschland. Beide Seiten verurteilten 1923 die französische Besetzung des Ruhrgebiets und stimmten darin überein, daß nur gemeinsame Sicherheitsverträge im Rahmen einer europäischen Staatengemeinschaft das französische Sicherheitsbedürfnis befriedigen könne. Nach Locarno (1925) erkannten die deutschen Pazifisten die Westgrenze an; im Osten zielten sie dagegen weiter auf eine friedliche Revision ab. Dennoch bemühte sich die DFG auch hier um eine Verständigung zwischen dem deutschen und dem polnischen Volk.<sup>72</sup>

Im Zentrum der Aktivitäten der DFG stand in der Weimarer Zeit der Kampf gegen die offene und die geheime Rüstung. Bereits auf der Bochumer Hauptversammlung 1921 hatte sich die DFG nach heftiger Debatte für die Abschaffung der Reichswehr ausgesprochen, da sie ihre militärische Aufgabe ohnehin nicht erfüllen könne und innenpolitisch eine Gefahr für die Demokratie darstelle.<sup>73</sup> Mit aller Kraft bekämpften die Pazifisten die geheime Rüstung: in Eingaben an den Reichstag und Artikeln in der Presse brachten sie die illegalen Praktiken der Reichswehr ans Licht der Öffentlichkeit.<sup>74</sup> Die Folge waren wiederholte Verbote pazifistischer Zeitungen und die Eröffnung zahlreicher Landesverratsverfahren<sup>75</sup>; besonders die Verhaftung Quiddes 1924<sup>76</sup> und die Verurteilung Ossietzkys 1931<sup>77</sup> riefen im Ausland große Empörung hervor. Auf entschiedenen Widerstand der DFG stieß der Bau des Panzerkreuzers A: Die Gesellschaft rief ihre Mitglieder auf, für das von der KPD initiierte Volksbegehren einzutreten, forderte

aber gleichzeitig, »daß die Arbeit ohne organisatorische Verbindung mit der Kommunistischen Partei durchgeführt wird.«<sup>78</sup>

Das vorrangige innenpolitische Ziel bestand für die Pazifisten in der Erhaltung der Republik und im Ausbau der Demokratie; in diesem Sinne bekämpften sie entschlossen die völkischen Verbände und Parteien, verurteilten den Antisemitismus<sup>79</sup> und wandten sich scharf gegen die autoritäre Handhabung des Notverordnungsrechts durch den Reichspräsidenten, der sie die Forderung nach einem Ausführungsgesetz zu Art. 48 der Reichsverfassung entgegenstellten, das den Ausnahmezustand eingrenzen sollte. Die Pazifisten erkannten die faschistische Gefahr schon frühzeitig; bereits 1924 lieferte Gerhart Seger eine hellsichtige Analyse der faschistischen Bewegung,<sup>80</sup> während die Westdeutschen mit der Parole »Stahlhelm und Hakenkreuz sind Deutschlands Untergang« in den Wahlkampf zogen.

Der Gegensatz zwischen den gemäßigten Pazifisten um Quidde und dem radikalen Flügel um Küster verschärfte sich im Laufe der Zeit immer mehr, zumal der Westdeutsche Landesverband seinen Einfluß in der DFG auf organisatorischem Wege erheblich vergrößerte und auch persönliche Animositäten eine Rolle spielten. Bereits 1921 waren die Gegensätze sichtbar geworden, als Quidde und Gerlach den Beschluß zur Abschaffung der Reichswehr abgelehnt hatten und sich nur unter der Bedingung zur Wiederwahl gestellt hatten, »auch in etwaigen Vertrauensstellungen der Gesellschaft« diesen Standpunkt vertreten zu können.<sup>81</sup> Abgelehnt hatten die gemäßigten Pazifisten auch die 1927/28 durchgeführte Sammlung von Unterschriften unter eine Verpflichtung zur Dienstverweigerung im Kriegsfall.<sup>82</sup> Auf der Erfurter Generalversammlung 1927 forderten die Westdeutschen schließlich Quiddes Rücktritt; das »Andere Deutschland« solle Pflichtorgan der Gesellschaft werden. Während es diesmal noch zu einem Kompromiß kam, indem Küster neben Quidde und Falkenberg ins Präsidium gewählt wurde und das AD, die »Friedenswarte« und die »Menschheit« wahlweise als Pflichtorgane bestätigt wurden, war der Bruch auf der außerordentlichen Hauptversammlung am 10. Februar 1929 in Berlin nicht mehr zu verhindern: Neben Quidde schieden weitere 10 der 15 Präsidiumsmitglieder aus<sup>83</sup>; neuer Vorsitzender wurde Küster, während Schoenaich zum Präsidenten gewählt wurde. Damit hatte sich der radikale Flügel in der DFG durchgesetzt; spätere Versuche der unterlegenen Min-

derheit nach Wiedererlangung ihres Einflusses scheiterten.<sup>84</sup> Die Auseinandersetzungen in der DFG hatten einen beträchtlichen Rückgang der Mitgliedschaft zur Folge, der durch die Weltwirtschaftskrise noch verschärft wurde: Zählte die DFG 1928 noch 15 000 Mitglieder, so war der Mitgliederbestand bis Ende 1932 auf ca. 5000 gesunken. Die gemäßigten Pazifisten verließen die Gesellschaft zum größten Teil und gründeten teilweise neue pazifistische Organisationen, die freilich über ein Schattendasein nicht hinauskamen.<sup>85</sup>

In dieser schwierigen Situation erlitt die DFG einen weiteren Rückschlag, als Kurt Hiller Ende 1929 enthüllte, daß dem Westdeutschen Landesverband (wie auch der Liga für Menschenrechte) jahrelang ausländische Gelder zugeflossen waren.<sup>86</sup> Für die nationalistische Presse bildete die Affäre eine willkommene Gelegenheit, die Pazifisten als »Lumpengesindel« und »nationale Schädlinge« zu diffamieren, aber auch die der SPD nahestehende Presse griff vor allem Küster heftig an, ein Zeichen für die zunehmende Isolierung der DFG auch von den Parteien, zu denen sie ursprünglich engere Kontakte unterhalten hatte. Viele Pazifisten hatten zunächst in der Demokratischen Partei ihre parteipolitische Heimat gesehen (u. a. gehörten Quidde, Gerlach, Schücking, Kessler und Schöenaich der DDP an), doch wurden die Wirkungsmöglichkeiten für Pazifisten innerhalb der Partei aufgrund der Radikalisierung der DFG und der allmählichen Rechtsentwicklung der DDP immer geringer, bis die Deutsche Staatspartei schließlich als Nachfolgerin der DDP 1931 die Unvereinbarkeit von Partei- und DFG-Mitgliedschaft beschloß.<sup>87</sup> Auch von der SPD, zu der zu Beginn der Republik gute Kontakte bestanden hatten, waren vor allem die radikalen Pazifisten zunehmend enttäuscht<sup>88</sup>; insbesondere warfen sie der Partei ihre Haltung in der Frage des Panzerkreuzers A und gegenüber der illegalen Rüstung vor und mißbilligten, daß die SPD auf die Angriffe der Reaktion gegen die Republik nur defensiv reagierte. Als sich Küster schließlich an führender Stelle an der Gründung einer »Arbeitsgemeinschaft für linkssozialistische Politik« beteiligte, beschloß die SPD-Führung am 22. September 1931 die Unvereinbarkeit einer gleichzeitigen Mitgliedschaft in DFG und SPD; Vermittlungsversuche auf dem Trenthorster Bundestag vom Oktober 1931 blieben ergebnislos.<sup>89</sup>

Die Lage des Pazifismus am Ende der Republik schien verzwei-

felt. Zusätzlich zu seiner Zersplitterung und Isolation wurde er jetzt verstärkt zum Objekt staatlicher Repression. Insbesondere die Reichswehr und Reichswehrminister Groener bemühten sich um eine Verschärfung der Landesverratsbestimmungen.<sup>90</sup> Dennoch ist das Bild einer in Agonie befindlichen DFG falsch; der Führungswechsel in der Gesellschaft hatte sich nicht zufällig in einer Zeit vollzogen, die klare politische Entscheidungen erforderte. Die Aktivitäten der DFG erfuhren eine Schwerpunktverlagerung: an Stelle der Orientierung auf die außenpolitische Friedenssicherung trat die Konzentration auf den innenpolitischen Kampf zur Erhaltung der Republik. Damit profilierte sich die Gesellschaft gleichzeitig stärker innenpolitisch, so daß der Pazifismus als Gegner ernst genommen wurde. Dies zeigte sich zum Beispiel daran, daß es Reichskanzler Brüning 1930 für der Mühe wert hielt, die Begrüßung des Bundestags der DFG in Frankfurt durch einen Vertreter des dortigen Regierungspräsidenten ausdrücklich zu mißbilligen.<sup>91</sup> Im Zentrum stand für die DFG jetzt der Kampf gegen den Faschismus<sup>92</sup>, den sie mit Parolen wie »Hugenberg und Hitler – die Totengräber Deutschlands!« und »Das Dritte Reich ist der Krieg!« bekämpfte und unter dessen Terror sie zunehmend zu leiden hatte. Auch gegen die autoritäre Politik Brünings und den zunehmenden Einfluß der Generalität auf die Reichspolitik bezog die Organisation entschiedene Stellung.<sup>93</sup> Bis zuletzt stemmten sich die Pazifisten gegen die drohende Machtübernahme durch Hitler, deren Verhinderung ihnen einzig durch die Bildung einer Einheitsfront von der KPD bis zu den Organisationen der Eisernen Front möglich schien; noch am 4. März 1933, dem Vorabend der letzten Reichstagswahlen, erschien das AD mit der Schlagzeile »Keine Stimme den Volksverderbern!«.

Zu dieser Zeit hatte der Pazifismus den Kampf jedoch bereits verloren. Am 5. März wurde das »Andere Deutschland« verboten; wenig später wurde die gesamte Geschäftsleitung der DFG verhaftet<sup>94</sup> und das Berliner Büro faktisch geschlossen, wenn auch die offizielle Auflösungsverfügung gegen die DFG erst am 6. September 1933 erging. Einigen führenden Pazifisten gelang die Flucht ins Ausland, vielen wurde die deutsche Staatsbürgerschaft aberkannt.<sup>95</sup> Die Niederlage der Friedensbewegung war besiegelt; der Pazifismus hatte nicht verhindern können, daß die Kriegspartei an die Macht kam.

- 1 Zur Gründungsphase vgl. Bertha von Suttner, *Lebenserinnerungen*, hrsg. von Fritz Böttger, Berlin (DDR) 1968, S. 272/73, 279, 303-314; Friedrich-Karl Scheer, *Die Deutsche Friedensgesellschaft (1892-1933). Organisation-Ideologie-Politische Ziele*. Diss. phil. Bochum 1974 (masch.) S. 45-55; Roger Chickering, *Imperial Germany and a World Without War. The Peace Movement and German Society, 1892-1914*, Princeton, New Jersey 1975, 45-49.
- 2 Zum Versuch der Organisierung des Pazifismus vor 1892 vgl. Scheer (s. Anm. 1) S. 35-44 und Chickering (s. Anm. 1), S. 39-44.
- 3 In den USA konstituierten sich 1815 die New York Peace Society und die Massachusetts Peace Society, die sich 1828 mit anderen lokalen Gruppen zur American Peace Society zusammenschlossen. 1816 entstand in London eine Peace Society, die 1821 in Paris die Gründung der Société de la morale Chrétienne anregte. In Genf wurde schließlich 1830 mit der Société de la Paix die erste kontinentaleuropäische Friedensgesellschaft gegründet. 1843 fand in London der erste Friedenskongreß statt.
- 4 Vgl. dazu Otto Dann, *Vernunftfrieden und nationaler Krieg. Der Umbruch im Friedensverhalten des deutschen Bürgertums zu Beginn des 19. Jahrhunderts*, in: Wolfgang Huber/Johannes Schwerdtfeger (Hrsg.), *Kirche zwischen Krieg und Frieden*, Stuttgart 1976, 169-224.
- 5 Der Alldeutsche Verband wurde 1891 gegründet, 1898 erfolgte die Gründung des Deutschen Flottenvereins.
- 6 Albrecht von Bogulawski, *Der Krieg in seiner wahren Bedeutung für Staat und Volk*, Berlin 1892. Max Jähns, *Über Krieg, Frieden und Kultur*, Eine Umschau Berlin 1893.
- 7 Zum Pazifismus Suttners vgl. Dorothee Stiewe, *Die bürgerliche deutsche Friedensbewegung als soziale Bewegung bis zum Ende des Ersten Weltkriegs*, Diss. phil. Freiburg i. Br. 1972, S. 242-255; Walter Bredendick, *Stimme der Menschlichkeit und der Vernunft*, in: *Vermächtnis und Mahnung. Zum 50. Todestag Bertha von Suttners*, Hrsg. vom Internationalen Institut für den Frieden, Wien 1964, S. 13-44.
- 8 Selbst zu einer im Rahmen der internationalen Zusammenarbeit so wichtigen Frage wie Elsaß-Lothringen bezog die DFG keine Stellung. Dieses Problem nehme in der DFG jene Stelle ein, »die die Religion bei Friedrich dem Großen und bei den Sozialdemokraten hat. Wir sagen mit Erstem »in unserer Runde kann jeder nach seiner Façon über Elsaß-Lothringen selig werden«, und wir sagen mit den Letzteren »Elsaß-Lothringen ist Privatsache«, schrieb Franz Wirth 1896. (*Monatliche Friedenskorrespondenz*, 3, 1895/96, Nr. 37, S. 6; zitiert nach Scheer, s. Anm. 1, S. 78).
- 9 Das preußische Vereinsgesetz schränkte die Bewegungsfreiheit politischer Vereine erheblich ein. Bis 1907 war Frauen und Jugendlichen beispielsweise der Beitritt zu politischen Vereinen verboten, was insbesondere für die DFG mit ihrer beträchtlichen weiblichen Mitgliedschaft ins Gewicht fiel.
- 10 Vgl. dazu Stiewe (s. Anm. 7) S. 22/23; Scheer (s. Anm. 1) S. 51.
- 11 Aufruf »An das deutsche Volk!« vom November 1892, in *Friedenswarte* 26, 1926, S. 326.
- 12 Dort heißt es: die »aufeinander angewiesenen Staaten« sollten »sich durch Verträge verpflichten, alle unter ihnen entstehenden Streitigkeiten durch internationale Schiedsgerichte zu entscheiden.« (*Friedenswarte* 26, 1926, S. 326; Hervorh. durch den Verfasser).
- 13 So Punkt 3 des zweiten Programms von 1905 und die Erläuterungen hierzu, vgl. *Friedenswarte* 26, 1926, S. 327, 328.

14 Vgl. hierzu Hans Wehberg, *Die Internationale Beschränkung der Rüstungen*, Stuttgart/Berlin 1919. Einige »Organisatorische Pazifisten« vertraten im Gegensatz zur Hauptlinie der DFG die Position, daß Abrüstungsmaßnahmen erst nach Etablierung eines internationalen Rechtssystems durchführbar seien.

15 Der Entwurf und die Rede Quiddes dazu sind abgedruckt bei Wehberg (s. Anm. 14) S. 428-444.

16 Zu Ludwig Quidde (Vorsitzender der DFG 1914-1929, Friedensnobelpreisträger 1927) vgl. Hans Wehberg, *Ludwig Quidde*, Offenbach 1948; Utz Friedbert Taube, *Ludwig Quidde. Ein Beitrag zur Geschichte des demokratischen Denkens in Deutschland*, Kallmünz 1963; Reinhard Rürup, *Ludwig Quidde*, in: Hans Ulrich Wehler (Hrsg.), *Deutsche Historiker*, Bd. III, S. 124-147. Zu Quiddes demokratischem Pazifismus vgl. Scheer (s. Anm. 1) S. 136-141 sowie Chickering (s. Anm. 1) S. 107-108.

17 Scheer (s. Anm. 1) S. 185.

18 Zu Fried, Gründer und Herausgeber der *Friedenswarte* von 1899 bis zu seinem Tod 1921, vgl. Hans Wehberg, *Die Führer der deutschen Friedensbewegung*, Leipzig 1923, S. 19-23; Chickering (s. Anm. 1), S. 80-82. Fried erhielt 1911 den Friedensnobelpreis. Zu Fried's organisatorischem Pazifismus vgl. Scheer (s. Anm. 1) S. 126-135; Chickering S. 94-105.

19 Stiewe (s. Anm. 7) S. XII.

20 Vgl. hierzu Scheer (s. Anm. 1), 169-176. Zur Geschichte der »vaterländischen« Verbände vgl. Konrad Schilling, *Beiträge zu einer Geschichte des radikalen Nationalismus in der Wilhelminischen Ära 1890-1909*, Diss. phil. Köln 1968. Besonders der 1912 gegründete »Deutsche Wehrverein« griff die Friedensbewegung frontal an, vgl. Scheer (s. Anm. 1) S. 173-175 und Karl Holl, *Die Deutsche Friedensbewegung im Wilhelminischen Reich, Wirkung und Wirkungslosigkeit*, in: Wolfgang Huber/Johannes Schwerdtfeger (Hrsg.), *Kirche zwischen Krieg und Frieden*, Stuttgart 1976, 321-372, hier S. 346.

21 Vgl. Scheer (s. Anm. 1) S. 195-201. Auf dem Weltfriedenskongreß 1905 in Luzern erreichte Quidde einen Kompromiß mit den Franzosen, der zwar das Selbstbestimmungsrecht der Völker anerkannte, dessen Anwendung aber auf die Zeit nach Errichtung eines internationalen Rechtssystems verschob.

22 Quidde bezeichnete die Kriegsdienstverweigerung als »reaktionäre Bewegung«, die zu den Anfängen des Pazifismus zurückkehre und meinte, mit dem Ruf »Die Waffen nieder!« sei alles getan (L. Quidde, *Die Geschichte des Pazifismus*, in: Kurt Lenz/Walter Fabian (Hrsg.), *Die Weltfriedensbewegung*, Berlin 1922, S. 32), während Fried in ihr gar das »furchtbare Verbrechen des Vaterlandsverrates« sah (Pacificus Winfried (= A. H. Fried), *Katechismus des Friedensgedankens*, S. 31; zitiert nach Scheer, (s. Anm. 1, S. 188).

23 Holl (s. Anm. 20) S. 328.

24 Diesen Aspekt betont besonders Stiewe in ihrer Arbeit (s. Anm. 7). Vgl. auch Holl (s. Anm. 20) S. 327.

25 Stiewe (s. Anm. 7), S. XIII, 145, 259. Vgl. dort auch die Analyse der pazifistischen Ideenwelt Fried's (S. 261-277), Friedrich Wilhelm Foersters (S. 277-284) und Otto Umfrids (S. 291-298).

26 Vgl. hierzu zusammenfassend Hans Wehberg, *Friedensbewegung und Kolonialpolitik*, in: *Friedenswarte* 26, 1926, S. 33-37. Übereinstimmung bestand allerdings in der Ablehnung einer auf offene Unterdrückung der einheimischen Bevölkerung gerichteten Kolonialpolitik.

27 Wehberg (s. Anm. 18) S. 42. Otto Umfrid war 2. Vorsitzender der DFG von 1900 bis 1914.

28 Zum Einfluß des Pazifismus auf die Völkerrechtswissenschaft vgl. Scheer (s. Anm. 1) S. 142-146 sowie Detlev Acker, *Walther Schücking. Eine Biographie*, Münster 1970, S. 39/40. Dieser Einfluß ging jedoch nicht so weit, daß sich die Völkerrechtler, von Ausnahmen wie Wehberg und Schücking abgesehen, auch zur organisierten Friedensbewegung bekannt hätten; der 1911 gegründete »Verband für internationale Verständigung« hielt strenge Distanz zur DFG. Zum Verband vgl. Acker, S. 50-59 sowie Roger Chickering, *A Voice of Moderation in Imperial Germany: The »Verband für internationale Verständigung« 1911-1914*, in: *Journal of Contemporary History*, 8, 1973, S. 147-164.

29 Positiv zur Friedensbewegung eingestellt waren lediglich die *Frankfurter Zeitung* und später das *Berliner Tageblatt* sowie die überregionalen Wochenzeitungen *Welt am Montag* (etwa ab 1908) und *Das freie Volk*. Vgl. Chickering (s. Anm. 1) S. 184-191. Die Haltung der übrigen Presse, die die Friedensbewegung einfach totschwieg, ließ die Pazifisten geradezu an eine Verschwörung glauben (Chickering, S. 187).

30 Nach der Beilegung der 2. Marokkokrise erschien Wilhelm II. den Pazifisten gar als »Friedenskaiser« (Chickering, S. 233-235). Noch im Juni 1913 glaubte Fried in den Reden des Kaisers »pazifistische Tendenzen« zu erkennen (*Kaiser Wilhelm und der Weltfrieden*, in: *Friedenswarte* 15, 1913 S. 201-204). Als Gesinnungsfreunde galten den Pazifisten auch die Reichskanzler Bülow und Bethmann-Hollweg sowie der Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Kiderlen-Wächter, vgl. Holl (s. Anm. 20) S. 335/36.

31 Max Hirsch, Reichstagsabgeordneter der Deutschen Fortschrittspartei (Deutschfreisinnige Partei), war an der Gründung der DFG beteiligt, während sein Parteifreund Rudolf Virchow der Konstituierung sympathisierend gegenüberstand. In der Volkspartei betätigten sich mit Conrad Haußmann, Martin Venedey, Ludwig Quidde und Adolf Richter bekannte Pazifisten, während aus der Demokratischen Vereinigung insbesondere Hellmut von Gerlach und der frühere Oberst Richard Gädke in der Friedensbewegung aktiv wurden.

32 Das Erfurter Programm von 1891 forderte die »Schlichtung aller internationalen Streitfragen auf schiedsgerichtlichem Wege«. Auf den Kongressen der 2. Internationale wurden 1893 die Abrüstungsforderung und 1896 die Forderung nach »Einrichtung eines internationalen Schiedsgerichtes, dessen Beschlüsse Gesetzeskraft haben«, verabschiedet.

33 Vgl. Holl (s. Anm. 20) S. 343 f und Chickering (s. Anm. 1) S. 265 ff. Zur Friedensstrategie der SPD im Wilhelminischen Reich vgl. auch Friedhelm Boll, *Die deutsche Sozialdemokratie zwischen Resignation und Revolution. Zur Friedensstrategie 1890-1919*, in: Wolfgang Huber/Johannes Schwerdtfeger (Hrsg.), *Frieden, Gewalt, Sozialismus*, Stuttgart 1976, 179-281.

34 Hans-Josef Steinberg, *Die Stellung der II. Internationalen zu Krieg und Frieden*, Trier 1972, 14 (= Schriften aus dem Karl-Marx-Haus, Heft 8).

35 Allerdings waren nur wenige Mitglieder tatsächlich aktiv. Chickering schätzt, es habe wahrscheinlich nicht mehr als 200-300 Männer und Frauen gegeben, »die bereit gewesen wären, einen beträchtlichen Zeit- und Geldaufwand für die Friedensbewegung zu opfern« (s. Anm. 1, S. 66 f). Ein großer Teil der Ortsgruppen war in Südwestdeutschland beheimatet. Die Geschäftsstelle wurde 1900 von Berlin nach Stuttgart verlegt, was sich organisatorisch durchaus positiv auswirkte.

36 Konrad Schilling (s. Anm. 20) S. 186.

37 Holl (Anm. 20) S. 322.

38 Hier ist sicherlich die Einbeziehung bürgerlicher und zum Teil auch sozialdemokratischer Politiker in die von den Pazifisten initiierten Aktivitäten zur deutsch-englischen bzw. deutsch-französischen Verständigung hervorzuheben. Als Erfolg rechneten sich die Pazifisten auch an, daß der Badische Landtag 1898 eine Petition der DFG wegen Reform des Schulunterrichts mit knapper Mehrheit angenommen hatte.

39 Vgl. die Artikel von Fried *Vor 20 Jahren* (in: *Friedenswarte* 14, 1912, S. 361 ff.) und von Wehberg *Realpolitik und Friedensbewegung* (ebd. S. 246 ff.).

40 Fried konstatierte am 7. August resigniert: »Wir haben zu früh gejubelt. Wenn ich jetzt meinen Artikel »Die Überwindung des Balkankonflikts...« überlese, so fühle ich, daß ich die Friedenskräfte, deren Triumph ich sah, doch überschätzt habe.« (*Mein Kriegstagebuch*, Bd. 1, Zürich 1918, S. 2).

41 Holl (s. Anm. 20) S. 353, der sich auf ein unveröffentlichtes Manuskript von Quidde *Der deutsche Pazifismus während des Weltkrieges* stützt. Scheer (s. Anm. 1, S. 235) dagegen beziffert die Mitgliederzahl der DFG bei Kriegsende auf 6000. Der Mitgliederverlust war wohl vor allem in den ersten Monaten nach Kriegsausbruch groß; Ende 1915 hatte die DFG bereits wieder 1000 neue Mitglieder gewonnen (vgl. *Friedenswarte* 26, 1926, S. 167).

42 Nach Aufhebung des Verbots erschien die Zeitschrift wieder im Dezember 1917, blieb aber bis Kriegsende unter Vorzensur gestellt.

43 Zur Verfolgung des Pazifismus im 1. Weltkrieg vgl. *Pazifismus und Belagerungszustand*, Frankfurt/M. 1917; *Die Verfolgung des Pazifismus in Deutschland. Rede des Reichstagsabgeordneten Gothein* (*Friedenswarte* 20, 1918, S. 219 ff.); James D. Shand, *Doves among the Eagles: German Pacifists and their Government during World War I*, in: *Journal of Contemporary History*, 10, 1975, S. 95-108. Zu den Repressionen gegen führende Pazifisten vgl. außerdem Hans Wehberg, *Als Pazifist im Weltkrieg*, Leipzig 1919, S. 65 ff. sowie Detlev Acker (s. Anm. 28) S. 79.

44 Daß die Zentralstelle Völkerrecht eine Ersatzorganisation der DFG war, geht aus der Zusammensetzung der Leitungsgremien sowie aus der Tatsache hervor, daß von den 1300 Mitgliedern (Ende 1917) etwa 800 zugleich der DFG angehörten. 1919 ging die ZV in der DFG auf.

45 Zweites Kriegsflugblatt der DFG vom 15. August 1914 (*Friedenswarte* 16, 1914 S. 308 f).

46 Scheer (s. Anm. 1) S. 289 f. Die Flugschrift war eine Überarbeitung der ebenfalls von Quidde verfaßten Denkschrift *Sollen wir annektieren?* des »Bundes Neues Vaterland«, die im Juli 1915 sogleich nach Erscheinen konfisziert worden war.

47 Zweites Kriegsflugblatt der DFG (*Friedenswarte* 16, 1914, S. 308)

48 Vgl. Eingabe der DFG, des Bundes Neues Vaterland, der Zentralstelle Völkerrecht und des Deutschen Frauenausschusses für dauernden Frieden an den Reichstag vom 17. Februar 1918 (*Friedenswarte* 20, 1918, S. 136-138, auszugsweise).

49 Vgl. *Die Friedensfrage nach der Russischen Revolution. Eine Eingabe an den Deutschen Reichstag mit einer Denkschrift* (vom 20. 4. 1917) Frankfurt/M.

50 Vgl. Eingabe der DFG und der Zentralstelle Völkerrecht an den Reichstag vom 6. Juni 1918 (*Friedenswarte* 20, 1918, S. 45-48).

51 Zu den Auslandskontakten der Pazifisten und ihrer Behinderung im Weltkrieg vgl. Scheer (s. Anm. 1) S. 247-270; Holl (s. Anm. 20) S. 361-363; Acker (s. Anm. 28) S. 66-101.

52 Das Mindestprogramm ist abgedruckt in *Friedenswarte* 17, 1915, S. 101.

53 Zum BNV vgl. Otto Lehmann Rußbüldt, *Der Kampf der Deutschen Liga für Menschenrechte, vormals Bund Neues Vaterland für den Weltfrieden 1914-1927*, Berlin 1927; Erwin Gülzow, *Der Bund »Neues Vaterland«. Probleme der bürgerlich-pazifistischen*

*Demokratie im ersten Weltkrieg (1914-1918)*, Diss. Berlin (DDR) 1969; Scheer (s. Anm. 1) S. 240-246.

54 Scheer (s. Anm. 1) S. 326-330. Gefordert wurde vor allem politische Gleichberechtigung, Abschaffung des Dreiklassenwahlrechts, Einführung des Frauenstimmrechts, größere Rechte für das Parlament, Ministerverantwortlichkeit dem Reichstag gegenüber und parlamentarische Kontrolle der Außenpolitik.

55 Zum Annäherungsprozeß von Friedensbewegung und SPD vgl. Scheer (s. Anm. 1), 331-337. Zur Friedenskonzeption der SPD im Weltkrieg vgl. Boll (s. Anm. 33) S. 218-271.

56 Zu Schoenaich vgl. Jakob Stöcker, *Männer des deutschen Schicksals*, Berlin 1949, S. 202-208 sowie die Einleitung von Fritz Hähnsen in: Freiherr von Schoenaich, *Mein Finale*, Flensburg 1947.

57 Zu Deimling vgl. Heinz Habedank, *Der Feind steht rechts*, Berlin (DDR) 1965 S. 61 f. sowie die Lebenserinnerungen Deimlings, *Aus der alten in die neue Zeit*, Berlin 1930.

58 Zu Hiller vgl. seine Autobiographie, *Leben gegen die Zeit*, 2 Bde, Reinbek 1969-1972.

59 Zu Ossietzky vgl. Kurt R. Grossmann, *Ossietzky. Ein deutscher Patriot*, Frankfurt/M. 1973.

60 Zu Anna Siemsen vgl. August Siemsen, *Anna Siemsen. Leben und Werk*, Hamburg 1951.

61 Nach Schätzung Scheers (s. Anm. 1) waren etwa ein Drittel der Mitglieder Arbeiter, ein weiteres Drittel Angestellte und kleine Beamte sowie der Rest Geschäftsleute und Selbständige (s. 410).

62 *Friedenswarte* 27, 1927 S. 323. Diese Angaben bezogen sich nur auf ein Fünftel aller Ortsgruppen, die zudem alle außerhalb des Westdeutschen Landesverbandes lagen, so daß tatsächlich etwa 50 % der Mitglieder zugleich der SPD angehört haben dürften, während weit über 50 % gesinnungsmäßig im Lager der Sozialdemokratie oder links von ihr gestanden haben dürften. Vgl. Scheer (s. Anm. 1) S. 408/409.

63 Vgl. hierzu die Denkschrift des »Bundes Neues Vaterland«: *Die Verfolgung der Pazifisten im neuen Deutschland*, *Friedenswarte* 22, 1920, S. 280-285; Carl von Ossietzky, *Im Jahre II der Republik*, in: *Mitteilungen der DFG*, März 1920 S. 18 f. Insbesondere Gerlach stand auf der Ausmerzliste der Nationalisten und entging mehreren Attentatsversuchen nur knapp, vgl. Ruth Greuner, *Wandlungen eines Aufrechten, Lebensbild Hellmut von Gerlachs*, Berlin (DDR) 1965, S. 118-123.

64 Offener Brief der DFG vom 22. Mai 1919, zitiert nach Scheer (s. Anm. 1), S. 342.

65 »Der Appell an das Weltgewissen ist heute ein Vorrecht derer, die während des Krieges an das Gewissen des deutschen Volkes appelliert haben, daß es nicht als Sieger Unrecht tue«, sagte Quidde am 12. Mai 1919 in einer Rede vor der Nationalversammlung, in welcher er den Versailler Vertrag ablehnte. (Hans Wehberg, s. Anm. 16, S. 54).

66 Vgl. Hans Wehberg, *Grundsätzliche Erörterungen zur Politik der deutschen Friedensbewegung*, *Friedenswarte* 27, 1927, S. 161-167.

67 Die Kasseler Versammlung von 1919 faßte folgenden Beschluß: »Die Versammlung stellt fest, daß in der Beurteilung des Schuldmaßes, das die Machthaber des alten imperialistischen Deutschland an der Entstehung des Krieges trifft, die Ansichten innerhalb des deutschen wie des internationalen Pazifismus auseinandergelassen, daß aber volle Einmütigkeit besteht in der Forderung, die Schuldfrage rücksichtslos zu klären und die Wahrheit unumwunden zu bekennen.« (zitiert nach Wehberg, s. Anm. 66, S. 161).

68 Bemängelt wurde das grundsätzliche Weiterbestehen der einzelstaatlichen Souveränität, das Prinzip der Einstimmigkeit bei Beschlüssen, das Fehlen eines Obligatoriums einer unparteiischen Vermittlungsinstanz, die Unvollkommenheit der Bundesexekution, die vagen Bestimmungen über Abrüstung, die Möglichkeit von Sonderverträgen und die enge Verzahnung mit den Friedensverträgen.

69 Zur englischen Kriegsdienstverweigererbewegung im Weltkrieg vgl. Martha Steinitz, *Die englischen Kriegsdienstverweigerer*, Berlin 1921; Peter Brock, *Twentieth-Century Pacifism*, New York 1970, S. 23 ff.

70 Kurt Hiller, *Linkspazifismus*, in: ders., *Radioaktiv. Reden 1914-1964*, Wiesbaden 1966, S. 40.

71 Eine Mitte der 20er Jahre unter Hillers Führung entstandene »Gruppe Revolutionärer Pazifisten« (GRP) blieb nahezu bedeutungslos. Der Friede konnte für die Gruppe, die »eine Hauptquelle der Kriege in der kapitalistischen Gesellschaftsordnung« sah (so das Programm der GRP), erst im Sozialismus verwirklicht werden; zur Erreichung dieses Zieles konnte Gewaltanwendung geradezu geboten sein. Zur GRP vgl. Scheer (s. Anm. 1), S. 384-390 sowie Rosemarie Schumann, *Pazifismus in der Entscheidung. Die DFG in den Jahren 1928-1933*, Diss., Berlin (DDR) 1975, S. 45-66.

72 Besonders Gerlach und Schoenaich engagierten sich für eine Verständigung zwischen beiden Völkern. Vgl. Habedank (s. Anm. 57) S. 57 f.

73 *Mitteilungen der DFG*, Oktober/November 1921, S. 72 f.

74 Vgl. dazu Scheer (s. Anm. 1) S. 455-465; Habedank (s. Anm. 57) S. 76-91; Großmann (s. Anm. 59) S. 135-144; Rolf R. Schlüter, *Probleme der deutschen Friedensbewegung in der Weimarer Republik*, Diss. phil. Bonn 1974, S. 248-274.

75 Vgl. Schlüter (s. Anm. 74), 275-305 sowie Dieter Windisch, *Die Strafverfolgung von Kritikern der illegalen Rüstung in der Weimarer Republik*, Diss. jur., Würzburg 1969.

76 Vgl. *Der Fall Quidde, Tatsachen und Dokumente*, Leipzig 1924.

77 Vgl. Grossmann (s. Anm. 59) S. 195-219.

78 *Friedenswarte* 28, 1928, S. 323.

79 Die Mannheimer Hauptversammlung forderte die Ortsgruppen 1926 auf, »den Kampf gegen den Antisemitismus als einen unerläßlichen Bestandteil ihres Aufgabenbereichs anzusehen«. (*Friedenswarte* 26, 1926, S. 364).

80 Seger schrieb in Vorbereitung der Reichstagswahlen vom 4. Mai: »Eine Verdummungsaktion größten Stils stellt die völkische Bewegung dar. . . Das vollkommene Zerschlagen der freigewerkschaftlichen und sozialdemokratischen Arbeiterbewegung ist das eine Ziel, das sich auch die Industriellen etwas kosten lassen, die diese Bewegung unterstützen. Das andere, über die Arbeiterbewegung hinaus gefährliche Streben geht innenpolitisch auf den Abbau der Republik und außenpolitisch auf den Revanchekrieg gegen Frankreich und womöglich gegen die ganze Entente.« (zitiert nach Schumann (s. Anm. 71) S. 380 f.

81 Mitteilungen der DGF, Oktober/November 1921 S. 75.

82 Die Aktion folgte dem Beispiel des englischen ehemaligen Unterstaatssekretärs für auswärtige Angelegenheiten, Arthur Ponsonby. Er übergab dem englischen Ministerpräsidenten Ende 1927 eine Erklärung mit ca. 130 000 Unterschriften, in der sich die Unterzeichner verpflichteten, »einer Regierung, die zu den Waffen greift, jede Unterstützung und jede Art von Kriegsdienst (zu) verweigern«. In Zwickau ergab die Sammlung ca. 87 000 Unterschriften, im Gebiet des westdeutschen Landesverbandes etwa 137 000.

83 Albert Falkenberg, Anna Siemsen, Pastor Francke, Ludwig Herzberg, Graf Kessler, Erwin Köhler, Oberst a.D. Lange, Gerhart Seger, Georg Schümer und Helene Stöcker.

<sup>84</sup> Vgl. dazu Schumann (s. Anm. 71) S. 39-42. Auch das 1921 gegründete Deutsche Friedenskartell (DFK), in dem die DFG und die Deutsche Liga für Menschenrechte (DLM, vormals Bund Neues Vaterland) eine herausragende Stellung einnahmen, löste sich 1929 faktisch auf, als DFG und DLM aufgrund einer Kontroverse um die Vorgänge am 1. Mai in Berlin aus dem Kartell ausschieden.

<sup>85</sup> Anfang 1930 konstituierte sich die Marburger Gruppe unter dem Vorsitz Georg Schümers als »Unabhängiger Kriegsgegnerbund«, während der ehemalige Berliner DFG-Vorsitzende Arnold Freymuth im Herbst 1930 den »Deutschen Friedensbund« gründete. Gerlach und Quidde verließen die DFG 1931. Quidde wurde Mitglied des Bundesbeirates des »Allgemeinen Deutschen Friedensbundes«, der sich am 4. Dezember 1932 zwecks Verhinderung einer weiteren Zersplitterung konstituierte.

<sup>86</sup> Die Gelder, die durch Schwann und Foerster vermittelt worden waren, waren insbesondere der Deutschen Liga für Menschenrechte, die einen Teil an das Reichsbanner weitergeleitet hatte, und dem Westdeutschen Landesverband zugeflossen, ohne daß Küster von der Herkunft der Gelder unterrichtet gewesen wäre, die wahrscheinlich aus tschechischen Regierungsfonds stammten. Vgl. zu dieser Affäre Scheer (Anm. 1), 545-547 sowie Schumann (Anm. 71), 67-116.

<sup>87</sup> Zum Verhältnis DDP-Pazifismus vgl. Karl Holl, *Pazifismus oder liberaler Neoliberalismus? Zur Rolle der Pazifisten in der DDP 1918-1930*, in: Joachim Radkau/Immanuel Geiss (Hrsg.), *Imperialismus im 20. Jahrhundert, Gedenkschrift für George F. Hallgarten*, München 1976, S. 171-195.

<sup>88</sup> Zum Verhältnis Pazifismus-SPD vgl. Scheer (s. Anm. 1), S. 506-521 sowie Schumann (s. Anm. 71), S. 186-195, 416-429. Auch das Reichsbanner, das den Pazifisten zunächst als Saalschutz gedient hatte, ging immer stärker auf Distanz.

<sup>89</sup> Vgl. dazu ausführlich Schumann (s. Anm. 71), S. 429-445.

<sup>90</sup> Der Propagandachef der Reichswehr, von Carlowitz, forderte 1931 ein besonderes Landesverratsgesetz gegen Pazifisten. (Richard Barkeley, *Die deutsche Friedensbewegung 1870-1933*, Hamburg 1948, S. 112 sowie Schumann (s. Anm. 71), S. 219 f.). Zu den Vorstellungen Groeners vgl. den aufschlußreichen Brief an Brüning vom 10. 9. 1931, abgedruckt bei Großmann (s. Anm. 59), S. 359-361.

<sup>91</sup> Brüning forderte den preußischen Ministerpräsidenten in einem Schreiben auf, dafür Sorge zu tragen, »daß Kundgebungen preußischer Verwaltungsstellen, die der Politik der Reichsregierung so widersprechen«, künftig vermieden würden. Vgl. Schumann (s. Anm. 71), S. 413-415.

<sup>92</sup> Der Bundestag 1930 in Frankfurt stellte fest, »daß es die Hauptaufgabe aller Pazifisten und entschiedenen Republikaner ist, Faschismus und Militarismus auf das schärfste zu bekämpfen«. (*Friedenswarte* 30, 1930, S. 346).

<sup>93</sup> »Die Generäle der Reichswehr setzten Minister ein und ab... Der Kampf zwischen der Generalität und Hitler geht nur noch um die Machtverteilung«, hieß es im *Anderen Deutschland* vom 21. Mai 1932 (zitiert nach Schumann (s. Anm. 71) S. 262).

<sup>94</sup> Verhaftet wurden u. a. Küster, Schoenaich, Seger, Hiller, Kayser und Bartels.

<sup>95</sup> Bereits auf der ersten Ausbürgerungsliste vom 23. August 1933 waren führende Pazifisten aufgeführt. Zum Schicksal der Pazifisten nach 1933 vgl. Schumann (s. Anm. 71) S. 478-518.

## Harald Müller Rüstungsprofite und Rüstungstheorie Eine Antwort auf Ulrich Albrecht\*

### Vorbemerkung

In unserer Antwort gehen wir zunächst auf einige Fehlwahrnehmungen und Mißverständnisse ein, die sich in Albrechts Kritik eingeschlichen haben. Im zweiten Teil versuchen wir eine Reihe methodischer Einwände gegenüber Albrechts Aufsatz und bringen einige zusätzliche empirische Vergleiche zur Untermauerung unserer Thesen bei. Der dritte Teil schließlich setzt an den theoretischen Folgerungen aus unserem ersten Artikel an und versucht, sie weiterzuführen.

### 1. Etwas über Lesegewohnheiten

1.1. Ulrich Albrecht unterstellt, Czerwick und Müller »scheinen auf eine Nichtprofitabilität der Rüstungsproduktion zu schließen<sup>1</sup>«. Dies ist offenkundig eine Fehlwahrnehmung. Im Vorspann zu Friedensanalysen 6/1977, auf den Albrecht sich bezieht, ist zu unserem Aufsatz zu lesen, daß die Profite im Rüstungssektor »teilweise deutlich unter denjenigen auf zivilen Märkten« liegen. Auf dieses »teilweise«, das unser Kritiker überliest, kommt es uns an. Bei unserer Untersuchung überraschte es uns selbst, daß die Entwicklung der Unternehmen in den beiden von uns untersuchten Perioden (1963-69; 1970-72) deutlich differierte: Für den ersten Zeitraum gelten die von Albrecht verteidigten herkömmlichen Annahmen über die höhere Profitabilität der Rüstungsindustrie. Offenbar läßt sich dies auch mit der von uns gewählten Analysetechnik feststellen. (Wir berechneten die Profit/Kapital-Rate und die Profit/Umsatz-Rate aus unbereinigten Datensamm-

\* Diese Ausarbeitung ist von Harald Müller allein zu verantworten. Er stützte sich hierbei auch auf einen ersten Entwurf von Edwin Czerwick. Da sich die beiden Autoren des von Ulrich Albrecht kritisierten Artikels im wesentlichen in ihrer Haltung zu Ulrich Albrechts Kritik einig sind, ist im folgenden stets von »wir« die Rede.

# Friedensanalysen Für Theorie und Praxis 10

Vierteljahresschrift für Erziehung, Politik und  
Wissenschaft

Herausgegeben von der Hessischen Stiftung Friedens- und  
Konfliktforschung (HSFK) in Zusammenarbeit mit der  
Arbeitsgemeinschaft für Friedens- und Konfliktforschung  
(AFK), mit Unterstützung der Berghof-Stiftung für Kon-  
fliktforschung

Band 10 der *Friedensanalysen* befaßt sich in der Hauptsache mit Problemen der Friedenspädagogik und der friedenspädagogischen Bildungsarbeit in der Bundesrepublik Deutschland. Neben Beiträgen, die eher programmatisch die bisherige Entwicklung und die künftigen Entfaltungsmöglichkeiten solcher Bildungsarbeit erörtern, stehen praxisorientierte, projektbezogene Texte, in denen Erfahrungen zusammengefaßt und verarbeitet sind, Erfahrungen, aus denen gelernt werden kann.

Suhrkamp Verlag

*Redaktion:* Reiner Steinweg, *Redaktionsrat:* Lothar Brock (Braunschweig), Peter Schlotter (Frankfurt), Christiane Rajewsky (Köln), Ute Volmerg (Frankfurt). *Redaktionsadresse:* Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung, 6000 Frankfurt/M. 1, Leimenrode 29.

edition suhrkamp 748

Erste Auflage 1979

© Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main 1979. Erstausgabe. Printed in Germany  
Alle Rechte vorbehalten, insbesondere das der Übersetzung, des öffentlichen Ver-  
trags sowie der Übertragung durch Rundfunk und Fernsehen, auch einzelner Teile.  
Satz LibroSatz, Kriftel, Druck Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden. Gestalt-  
ausstattung Willy Fleckhaus.

## Inhalt

Zu diesem Band 7

*Schwerpunkt: Bildungsarbeit* 13

Henning Schierholz  
Stand und Perspektiven der Friedenspädagogik in der  
Bundesrepublik Deutschland 15

Falk Bloech/Burkhard Luber in Zusammenarbeit mit  
Reiner Steinweg  
Friedensarbeit in der Provinz – Das Mindener Modell 31

Achim Battke  
Was sind Friedenswochen? 47

Horst Kaltenbach  
Der Weg zur Waldkircher Friedenswoche 51

Wolfram Wette  
Waldkircher Friedenswoche 1978: Verlauf, Erfahrungen, Defizite 59

Arbeitsgemeinschaft Friedenspädagogik München  
Peter Strauß/Renate Mulzer  
Erfahrungen mit einer Ausstellung 73

Michael Roth/Egbert Jahn  
Wer besucht die Ausstellung »Es ist so schön, Soldat zu sein . . .«?

Arbeitskreis Friedensforschung der katholischen Studenten-  
gemeinde Frankfurt  
Meinungen und Kommentare zur Ausstellung »Es ist so schön,  
Soldat zu sein . . .« 98

Axel Freuschhoff  
Staatliche Friedensdienste am Beispiel der Aktion Sühnezeichen 111

Burkhard Müller/Max Pagès  
Personelle Animation  
Verstärken (nicht nur) zur Neuorientierung internationaler  
Jugendbegegnungen 136